

Zeugungsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-203
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ort und Termin der Paktkonferenz.

25. September in Lausanne?

Genf, 9. September. (WIB.) Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschengenter, fand heute vormittag eine Zusammenkunft zwischen Chamberlain, Briand, Vandervelde und Senator Scialoja statt, woran auch die an der Londoner Juristenkonferenz beteiligten Sachverständigen Fromageot, Sir Cecil Hurst und Rollin teilnahmen.

Die Zusammenkunft diente dem Meinungs austausch über den augenblicklichen Stand der Sicherheitsfrage und über die geplante Konferenz mit Stresemann, welche, wie verläutet, voraussichtlich am 25. September in Lausanne stattfinden soll. Die Agentur fügt hinzu, daß die Zustimmung der deutschen Regierung bisher noch fehlt.

Garantie und Schiedsverträge.

Paris, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer Unterredung, die am Dienstag Painlevé, Briand und Chamberlain in Vieux-Rains mit Premierminister Baldwin gehabt haben, meldet der Sonderkorrespondent des "Matin" in Genf, aus dieser Unterredung gehe hervor, daß keine großen Schwierigkeiten für den Abschluß des Westpactes mehr beständen. Die Einwände, die im Laufe des diplomatischen Notenwechsels gemacht wurden, seien in den letzten Tagen beseitigt worden. Auch bei der Bestimmung des Begriffs Angreifer sei es gelungen, einen Fortschritt zu erzielen. Um den Schiedsgerichtsverträgen zwischen den Großmächten ihren vollen Wert zu geben, sei es notwendig, daß der Völkerbundrat Strafmaßnahmen gegen einen Angreifer zu beschließen in der Lage wäre, ohne daß dabei Einstimmigkeit erforderlich wäre. In diesem Sinne werde man versuchen, das Völkerbundsstatut entsprechend abzuändern. Der Westpakt könne nur dann den Erwartungen Frankreichs entsprechen, wenn er durch Schiedsgerichtsverträge Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei vervollständigt werde. Polen und die Tschechoslowakei hätten selbstverständlich den Wunsch, sich an den Paktverhandlungen zu beteiligen. Angesichts der Abneigung Englands, an einem Ostpakt teilzunehmen, erscheine es nicht zweckmäßig, die Verhandlungen über die beiden Fragen zu vermengen. Es sei der Gedanke aufgetaucht, die Verhandlungen zwischen den Großmächten, mit denen zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei parallel zu führen. In diesem Falle würde jedoch die Stellung der französischen Delegierten, die beide Verhandlungen zu verfolgen hätten, äußerst schwierig (gilt für die Deutschen noch viel mehr; Frankreich aber ist am Osten gar nicht direkt beteiligt. Red.) und deswegen erscheint es zweckmäßiger, nach der Konferenz der Außenminister für den Westpakt eine Konferenz Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn abzuhalten. Deutschland würde in diesem Falle beim Abschluß des Westpactes die Verpflichtung übernehmen müssen, sofort in Verhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei zu treten.

Amerikas Abrüstungswille.

New York, 9. September. (WIB.) Nach einer Meldung aus Sausalito hat Präsident Coolidge die Absicht, eine zweite Abrüstungskonferenz einzuberufen, sobald die Umstände es gestatten. Der Präsident widerlegt sich auch nicht der Ansicht Painlevés, daß die Initiative vom Völkerbund ausgehen solle. Jede Konferenz, die zu praktischen Ergebnissen führe, sei Coolidge recht. Die Wahl des Konferenzortes sei eine Frage zweiter Ordnung.

Deutschnationale Wanzentaktik.

Man möchte annehmen, daß die deutschnationale Presse das Bedürfnis empfinden müßte, zu der bevorstehenden Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt und zu der Frage, die schon in allen anderen Blättern ausgiebig erörtert wurde, welche Mitglieder des Reichskabinetts Deutschland vertreten sollen, Stellung zu nehmen. Aber die Organe der Partei Westarp-Loverenz-Schäpe verhalten sich so, als ginge sie die ganze Angelegenheit gar nichts an. Sie begnügen sich damit, täglich aufs neue zu versichern, daß an zuständiger Berliner Stelle eine offizielle Einladung zur Paktkonferenz noch nicht eingetroffen sei. Die „Deutschnationale Tagespost“ bringt die aufsehenerregende Enthüllung, daß innerhalb der Deutschnationalen Partei sich sehr starke Strömungen gegen den Abschluß eines Sicherheitspactes bemerkbar machen. Das ist allerdings nicht ganz neu. Daß die Deutschnationalen den Sicherheitspakt trotzdem todsicher schluden werden, das mag die „Tagespost“ allerdings nicht einzusehen. In Fettdruck versichert sie, daß die Einladung zu der angekündigten Konferenz „frühestens erst (!) in der nächsten Woche“ in Berlin eintreffen dürfte. Die deutschnationalen Redakteure denken sich wohl: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Wir wollen wetten, daß „frühestens erst“ im Oktober die sehr starken Strömungen innerhalb der Deutschnationalen Partei sich in dem breiten Strom der deutschnationalen pazifistischen Erfüllungspolitik verloren haben werden.

Diese in derartigen heißen Situationen allein selig machende Wanzentaktik der deutschnationalen Parteiredakteure ist allerdings nicht nach dem Geschmack der ehrlicheren, fanatischen Dunmköpfe vom alldeutschen Flügel, die ihre Zustucht in Zuschriften an die deutschnationale Presse suchen. Das „Deutsche Tageblatt“ veröffentlicht eine solche deutschnationale Zuschrift, die nicht nur den Sicherheitspakt und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf das schärfste zurückweist,

sondern auch folgendes bescheidenes außenpolitisches Programm aufstellt:

Unverzügliche Räumung der Kölner Zone, Befreiung des Saargebietes von der französischen Soldateska. Notifizierung der Kriegsschuldnote. Unverzügliche Einstellung weiterer Rüstungen der Feindbundsstaaten und ihrer Basillen sowie ihre Abrüstung in gleichem Umfange wie die erzwungene Deutschlands, oder Zustimmung zur sofortigen Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

Weiter: Sistierung aller Zahlungen Deutschlands an den Feindbund bis zur Deffnung des Archivs dieser Staaten und der damit erfolgenden Feststellung der Kriegsschulden. Sofortige Entsendung aller feindlichen Kontrollkommissionen aus deutschem Gebiet. Verbot des ständigen Ueberfliegens deutschen Gebiets durch fremde Flugzeuge und volle Freiheit für Deutschland für Flugzeug- und Luftschiffbau. Rückgabe der deutschen Kolonien. Veröffentlichung der Liste der feindlichen Kriegsverbrecher. Befreiung Deutschlands von dem berüchtigten § 16 der Völkerbundsstatuten.

Die Zuschrift erklärt weiter, daß, wenn im Gegenteil die Erfüllungspolitik fortgesetzt würde und sich eine Wiederholung des 29. August 1924 ereignen sollte, der Zerfall der Deutschnationalen Partei unausbleiblich wäre. Die Zuschrift schließt mit dem üblichen Appell an den „Retter“: „Jetzt oder nie!“

Der „Retter“ hat nie etwas gerettet und wird auch jetzt nichts retten: die Deutschnationalen werden ihren zweiten 29. August bei der Abstimmung über den Sicherheitspakt, den hoffentlich auch Schiele unterzeichnen wird, erleben und die Folge wird in der Tat ihr unausbleiblicher Zerfall sein. Und weil die Herren deutschnationalen Redakteure diese Entwicklung genau voraussehen, deshalb stellen sie sich gegenwärtig tot: Wanzentaktik.

Die Landung bei Alhucemas.

„Spanischer Erfolgsbericht.“

Paris, 9. September. (WIB.) Wie in Madrid amtlich mitgeteilt wird, ist die Abteilung des Generals Sare vollständig gelandet und hat feste Stellungen bezogen. Die Verluste der Spanier erreichen nicht 50 Tote, und zwar zur Hälfte Eingeborene. Zwei Kanonen und sieben Maschinengewehre sowie reichliches Kriegsmaterial wurden erbeutet und mehrere Gefangene gemacht. Das französische Geschwader hat sehr gut geschossen. Die Abteilung des Generals Sare, die in der Westzone zusammengefaßt worden war, verfügt über modernes Kriegsmaterial aller Art. Im westlichen Abschnitt wiesen die spanischen Truppen die Versuche des Feindes, die Linien zu durchbrechen, zurück. Bisher sind hier etwa 10 Mann getötet worden. Gestern vormittag hat der Feind einen spanischen Posten angegriffen, wurde aber zurückgewiesen und hat nach tapferem Widerstand mehrere Tote im Stacheltrakt zurückgelassen. In der Gegend vom Lukes-Fluß haben die spanischen und die französischen Truppen einen Vorstoß unternommen.

Ein überholter Bericht Abd el Krim's.

London, 9. September. (WIB.) „Times“ meldet aus Tanger, ein vom Hauptquartier Abd el Krim's herausgegebener Bericht besage, daß die Versuche der Spanier, beim Bad Lau Truppen zu landen, vereitelt worden seien. Hier seien 7 und bei Alhucemas 4 Fahrzeuge der Spanier versenkt worden. Der Berichterstatter teilt mit, daß eine Bestätigung dieser Meldung in Tanger nicht zu erlangen sei. Nach Aussagen von Rifanführern seien an der ganzen Küste von den Rifkriegern Minen gelegt.

Demonstrationen in Deutschböhmen.

Prag, 9. September. (III.) Am Sonntag fanden in vielen deutschen Städten der Tschechoslowakei große Kundgebungen gegen die Behandlung der Deutschen statt. In Teplitz kam es zu Zusammenstößen zwischen der erregten Menschenmenge und der Gendarmerie. Die Gendarmerie ging mit gefülltem Bajonett und Knuten gegen die Menge vor. Schließlich wurden sie aber auf Intervention der Abgeordneten zurückgezogen, wodurch im letzten Augenblick ein Blutvergießen verhindert wurde. Auch in Aussig und Reichenberg waren große Kundgebungen.

In Marienbad fand eine von vielen tausend Personen, darunter einer großen Anzahl Kurgäste aus aller Welt, besuchte Einspruchsversammlung gegen die Bäderbeschlagnahme statt. Es sprachen Abgeordnete und Senatoren aller deutschen Parteien, auch der Sozialdemokratie. Der deutschnationale Senator Friedrich wurde von einem Regierungsvertreter unterbrochen und setzte seine Ausführungen in dem den tschechischen Begleitern unverständlichen Czecher Dialekt fort. Eine Entschuldigend betonte, daß die Existenz vieler Tausende von der Weiterführung des Marienbads in der bisher bewährten Weise abhängig sei und schloß mit der grundsätzlichen Forderung nach Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltung.

Staatssekretär a. D. von Rapp gestorben. Im 84. Lebensjahre ist nach kurzer, schwerer Krankheit in Tübingen am Starnberger See der ehemalige Universitätsprofessor und Unterstaatssekretär unter Bismarck Dr. Georg v. Rapp gestorben. Professor v. Rapp, der vor Jahren als „Gegengewicht“ gegen den freisinnigen Universitätsprofessor, Kathedersozialisten und Freihändler Lujo Brentano nach München geholt worden war, hat sich in erster Linie als Statistiker und Finanztheoretiker sowie als Schöpfer des bayerischen statistischen Landesamts einen Namen gemacht. Politisch ist v. Rapp in den letzten Jahren nicht mehr hervorgetreten.

Agrarprobleme im Programm.

Bemerkungen zum Programmentwurf.

Von Eduard David.

II.

Es gibt nicht wenig Parteigenossen, die theoretischen Einwendungen gegen ein Parteiprogramm kein allzu großes Gewicht beilegen, weil sie einem theoretischen Programm selbst wenig praktischen Wert für die Arbeit und Ausbreitung der Partei zugesprechen. Man mag mit einem solchen Wechselzucken über die dargelegten theoretischen Unrichtigkeiten hinweg setzen, so geht das doch unter keinen Umständen für die fehlerhafte Formulierung des sozialistischen Endzweckes, wie sie uns der Entwurf darbietet. Er nimmt die verfehlte Fassung aus dem Erfurter Programm wieder auf, die mit dem Börlinger Programm glücklich beseitigt schien. Der aus dem alten Reliquienschatz wieder hervorholte Satz lautet:

„Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum.“

Der Sinn dieses Satzes läßt eine zweifache Auslegung zu. Die nächstliegende und wohl auch häufigste Auffassung ist die, daß die zwischen den Gedankenstrichen aufgezählten Produktionsmittelarten: Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel die Objekte seien, die ausnahmslos aus Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum übergeführt werden sollen. Nach dieser Auslegung haben die Gegner recht, die in tausenden ländlichen Versammlungen und in ebensoviel Flugblättern und Plakaten die kleinbäuerliche Wählermasse von uns abgeschreckt haben mit der Behauptung, die Sozialdemokratie wolle ihnen ihr Land, Haus und Hof und die letzte Kuh aus dem Stall wegnehmen. Zum Beispiel brauchen sie nur den zitierten Satz des Programms anzuführen, mit dem sie zugleich unsere Feindschaft gegen den kleinen Handwerksmeister, dem man die Rohstoffe und Werkzeuge wegnehmen wolle, authentisch nachweisen. Daß in jenem Satz merkwürdigerweise vom Geldkapital nichts gesagt wird, dient dann weiter zum Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie bei ihren Enteignungsabsichten die Herrn von der Hochfinanz, Bankiers, Großhändler usw. zu schonen beabsichtige, was sich sehr einfach daraus erklären läßt, daß sie von diesen „jüdischen“ Großkapitalisten bezahlt werde.

Gegen diese philologisch nicht anfechtbare Lesart des zitierten Satzes und ihre bössartige agitatorische Ausnützung habe ich mir zwar immer dadurch zu helfen gesucht, daß ich auf die andere mögliche Lesart hinwies, wonach nur die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den aufgezählten Produktionsmittelarten in öffentliches Eigentum gemeint sei. (Im Text ist freilich das Wort kapitalistisch nicht unterstrichen; auch gibt das Wort Werkzeuge zu Bedenken Anlaß.) Danach bliebe das handwerkliche Eigentum an Grund und Boden usw. bei einer eventuellen gesellschaftlichen Umwandlung außer Betracht. Der selbstwirtschaftende Bauer, der Handwerksmeister und kleine Geschäftsleute brauchen sich also nicht bedroht zu fühlen, die Sozialdemokratie rechne sie zum wertvollen Volk, deren Interesse wahrzunehmen der Sinn ihres ganzen Programms sei, usw.

Mit dieser Möglichkeit einer vernünftigeren Auslegung jenes Programmsatzes allein ist freilich einem gewiegten Gegner und dem alleingefressenen Mißtrauen der kleinbäuerlichen Wählerkreise gegenüber nicht allzuviel anzufangen, abgesehen davon, daß auf 100 Fälle, wo jener Satz gegen uns bei der ländlichen Bevölkerung ausgespielt wird, kaum 10 kommen, wo wir Gelegenheit haben, unsere mündliche oder schriftliche Antwort an die gegen uns aufgebehten Wähler heranzubringen.

Die unglückselige Formulierung jenes Satzes, der zu einer Zeit entstand, als man noch an den Untergang der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe glaubte und sich mit der Hoffnung betrug, daß die vom Großgrundbesitz enteigneten bäuerlichen Proletarier uns von selbst zuströmen würden, war gewiß nicht der einzige Grund, der unsern Vorkampf auf das Land hemmte; aber er gehörte nach meiner Erfahrung mit zu den stärksten Hindernissen, die wir uns selbst bereitet hatten. Daß man einen solchen Satz jetzt von neuem in das Programm aufnehmen vorschlägt, kann ich mir nur daraus erklären, daß die Mitglieder der Programmkommission niemals selber in kleinbäuerlichen Wählerversammlungen die Sache der Sozialdemokratie zu vertreten hatten.

Glücklicherweise fehlt es nicht an gewichtigen Zeugnissen aus der Literatur und Praxis der Partei, mit denen man die kleinen Landwirte hinsichtlich der ihnen mit dem zitierten Programmsatz angebrohten Expropriation beruhigen kann. So vor allem die Versicherung Karl Kautskys in der Erläuterungsschrift zum Erfurter Programm:

„Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortbauern — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter phantasieren bloß unsere Gegner.“

Das gleiche versichert in der Erläuterungsschrift: „Das Börlinger Programm“ Friedrich Stampfer mit den folgenden Worten:

„Es kann keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie den Bauer von seiner Scholle jagen will, wie es in antisozialistischen Agitationschriften heißt.“

Und in dem neuerdings vom Parteivorstand herausgegebenen Agitationschriften „Sozialdemokratie, Landwirtschaft und Bodenreform“ heißt es:

„Nichts wäre weniger sozialistisch und nichts löschlicher, als wenn man all die vielgestaltigen Probleme, welche die Bodenreform stellt, nach einem Schema lösen wollte. Insbesondere kann es sich nicht darum handeln, etwa das gesamte Privateigentum an Grund und Boden aufzuheben und durch gesellschaftliches Eigentum zu ersetzen.“

Wirksam aber noch als diese literarischen Versicherungen dürfte der Hinweis auf die von den sozialdemokratischen Vertretungen im Reichstag und in den Landtagen verfolgte, auf Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Wirtschaft gerichtete Politik sein. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Unser Eintreten für die bäuerliche Anlieger- und Neufriedung, für den landwirtschaftlichen Pachtzins, für die bäuerliche Wirtschaftsförderung durch Kreditverleihung, Dünger- und Saatgutbeschaffung, Verkehrsvermittlung, Bodenmeliorationen, Ausbau des landwirtschaftlichen Fachbildungswesens u. a. m. legen am besten Zeugnis dafür ab, daß uns nichts ferner liegt, als der bäuerlichen Wirtschaft den Garaus zu machen. Unser großer Bodenreformantrag im Reichstag und ebenso die gelegentlich der Zollverhandlungen im Reichstagsausschuß entwickelten Richtlinien zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion gehen gleichermaßen auf Förderung und Stärkung der bäuerlichen Existenzen aus.

In dem Erläuterungsartikel zu diesem Ausschußantrag wurde in dem Artikel: „Um die deutsche Nahrungsmittelherzeugung“ im „Vorwärts“ vom 26. Juli 1925 gesagt:

„Der sozialdemokratische Antrag stützt sich auf das Gutachten der Mitglieder des Agrarreferats, welche in der deutschen Familienbetriebe liegt und daß hierin ein besonderer Vorzug der deutschen Agrarverfassung zu erblicken ist. Der sozialdemokratische Antrag, der gewissermaßen in kürzester Form ein grundlegendes Produktions- und Intensivierungsprogramm für die Landwirtschaft enthält, erhebt die Forderung, den bäuerlichen Familienbetriebe bei allen Maßnahmen besonders zu berücksichtigen.“

Während so die politische Praxis der Partei seit der Umwälzung immer entschiedener auf Förderung der Bauernwirtschaften eingestellt wurde, hält es die Programmkommission offenbar für gut, die Bauern von neuem mit der theoretischen „Friedensrede“ vor den Kopf zu stoßen. Und das in einer Zeit, wo es immer klarer zu Tage tritt, daß eine wirkliche „Eroberung der politischen Macht“ ohne Gewinnung der Masse der kleinen Arbeitsbauern unmöglich ist, wo darum der Ruf: „Hinaus auf's Land!“ erneut in weitesten Kreisen der Partei ertönt.

Der Grund für die Wiederausgrabung jenes Satzes ist offenbar das Bedürfnis, dem Prinzip der Bergesellschaftung der großen monopolistisch konzentrierten Produktionsmittel im Programm Ausdruck zu verleihen. Will man das, so genügt es zu sagen: Bergesellschaftung der monopolisierten großkapitalistischen Produktionszweige. So wenig wie die Millionen Bauernwirtschaften von oben herunter „vergesellschaftet“ werden können, so wenig ist das mit den Millionen, kleinkapitalistischen Produktions- und Handelsbetriebe der Fall.

Jeder Versuch einer prinzipiellen Schablonisierung unseres Wirtschaftslebens wird von der Wirklichkeit Lügen gestraft. Wer sich von der Idee einer uniformen Gestaltung zukünftiger Wirtschaftsweise noch nicht frei machen kann, dem empfehle ich die nachdenkliche Beachtung folgender aus Karl Kautsky's Feder geflossener Sätze:

Nichts ist irriger, als sich eine sozialistische Gesellschaft als einen einfachen starren Mechanismus vorzustellen, der, einmal in Gang gebracht, immer wieder in gleicher Weise sein Räderwerk ablaufen läßt. — Die mannigfachen Arten des Eigentums an

den Produktionsmitteln — staatliches, kommunales, Genossenschaftliches, produktgenossenschaftliches, privates — können nebeneinander in einer sozialistischen Gesellschaft existieren. Die verschiedensten Formen des Betriebs — bürokratischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb; die verschiedensten Formen der Entlohnung der Arbeiter — festes Gehalt, Zeitlohn, Stücklohn, Beteiligung an allen Erträgen von Rohmaterial, Maschine usw., Beteiligung an den Resultaten intensiverer Arbeit; die verschiedensten Formen der Zirkulation der Produkte — durch Lieferungsverträge, durch Kauf aus den Lagern des Staates, der Gemeinden, der Konsumgenossenschaften, der Produzenten selbst usw. usw. Dieselbe Mannigfaltigkeit des ökonomischen Mechanismus wie heute ist in einer sozialistischen Gesellschaft möglich. Bloß das Halten und Zagen, Kämpfen und Ringen, Vernichten und Vernichtetwerden des heutigen Konkurrenzkampfes ist ausgeschlossen und ebenso der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten.“

(Karl Kautsky: „Die soziale Revolution II.“, „Am Tage nach der sozialen Revolution“, Seite 36 bis 37.)

Wie wäre es, wenn man diesen Sätzen Aufnahme in den theoretischen Teil des Programms gewähre! Sie scheinen mir bei weitem das Treffendste zu sein, was über die zukünftige Wirtschaft gesagt werden kann.

Vom kommunistischen Kriegsschauplatz.

Der Befehl der „Etki“ wird ausgeführt.

Der Befehl der „Etki“ — für den nicht eingeweihten Leser: Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale. Ein Bezirk nach dem andern pariert Order und triumphierend verkündet die „Rote Fahne“ die neuesten Siege vom Kriegsschauplatz. So haben die Bezirke Westsachsen, Niedersachsen und Niederhein „einstimmig“ den Brief gutgeheißen und versprechen damit die neue Taktik durchzuführen. Wie sehr diese neue Taktik von den Bedürfnissen der russischen Arbeiterpolitik diktiert ist, zeigt die „Rote Fahne“ selber in ihrer wütenden Polemik gegen die angeblich „rechten“ Abweichungen der Ruth-Fischer-Maslow-Gruppe. Die Bezeichnung „rechts“ ist in diesem Fall natürlich nur gewählt, um die Mitglieder zu beruhigen. Wörtlich schreibt die „Rote Fahne“:

„Rechts, und nicht links, ist schließlich die ideologische Kampagne gegen die Taktik der Komintern, die von dieser Gruppe seit längerer Zeit geführt wird. Die Legenden vom „Moskauer Opportunismus“ sind gerade in der heutigen Situation eine direkte antisowjetische Gefahr. Sie stehen — objektiv — auf einer Linie mit der Hebe Paul Lewis und Friedlands gegen Sowjetrußlands angeblichen „Verrat an der westeuropäischen Arbeiterbewegung“. Gerade in einem Augenblick, wo breite sozialdemokratische Arbeitermassen mit Sowjetrußland zu sympathisieren beginnen, versuchen die reaktionären sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer gerade mit solchen „linken“ Phrasen die Orientierung der Arbeiter zu verhindern. Sogar Kautsky wirft Sowjetrußland in seiner neuen Heftbrochure vor, daß „Moskau die internationale Arbeiterbewegung ruiniert“ und „zum Kapitalismus“ zurückkehrt. Die Sozialdemokraten arbeiten mit solchen Argumenten für die geistige Vorbereitung des Durchmarschparagrafen im Dienste des englischen Imperialismus. Wer heute einen Gegensatz zwischen „Moskau“ und den Parteien der Komintern aufzureißen versucht, hilft den schlimmsten Feinden des Proletariats.“

Ganz glatt scheint aber selbst in der KPD die befohlene Schwentung nicht zu gehen. Der Berliner Bezirksvorstand hat in einer allgemeinen Abstimmung den offenen Brief der Exekutive mit 48 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Bei einer nachträglichen Abstimmung derjenigen, die in der Sitzung gefehlt hatten, ergab sich ein Stimmverhältnis von 63 gegen 24. Die „Rote Fahne“ stellt ausdrücklich fest, daß Ruth Fischer gemeinsam mit der Minderheit gegen die Mehrheit der Bezirksleitung für die An-

nahme des Briefes der Exekutive stimmte. Das beweist, daß Ruth Fischer es für gefährlich hält, den offenen Kampf gegen die Exekutive aufzunehmen. In der starken Spannung in der KPD wird natürlich dadurch nichts geändert.

Zusammenbruch-Rasenjammer.

Oberst Schwerdtfeger über den Bankrott der Kriegspolitik.

In dem dreibändigen Werk über die „Ursachen des Zusammenbruchs“ macht der militärpolitische Sachverständige Oberst a. D. Schwerdtfeger, der die Zusammenhänge zwischen der militärischen und der politischen Leitung im Weltkrieg zu erforschen hatte, eine überraschend anständige Figur. Selbstverständlich wählt der einstige altpreussische Offizier Worte, die dem „schuldigen Respekt“ gegen den ehemaligen Monarchen, die Marschälle und kommandierenden Generale angepaßt sind, und klagt das „Fatum“, das Schicksal an und nicht die Blindwütigkeit und Kurzsichtigkeit der letzten D. H. L. Aber trotzdem — die Dolchstoßflüge schlägt auch dieser hochkonservative Militärpolitiker in Scherben, so daß der „Tag“, der einen Aufsatz Schwerdtfegers über die Erinnerungen Clemens v. Delbrücks bringt, gequält dem Artikel eine Bemerkung voransetzt, daß er sich keineswegs mit Oberst Schwerdtfegers Schlussfolgerungen identifiziere. Es scheint den Hugenberg-„Tag“ außerordentlich peinlich zu berühren, daß in seinen Spalten jemand die niederschmetternde Wirkung von Ludendorffs Waffenstillstandsforderung auf die politische Reichsleitung darstellt und die politischen Folgerungen eines wilhelminischen Staatssekretärs daraus zieht, die etwa nach dem Zeugnis Clemens v. Delbrück folgendermaßen lauteten:

„... Selbst wenn man die Partei verloren gab und eine baldige Einstellung des Kampfes für notwendig erachtete, war doch kein Anlaß erkennbar, weshalb die Oberste Heeresleitung sich an Tage und Stunden klammerte und das Friedensangebot mitten in einer schweren innerpolitischen Krise ergehen lassen wollte.“

Mit großer Sorge erfüllte es C. v. Delbrück, daß man gleichzeitig um einen sofortigen Waffenstillstand nachsuchte. „Das mußte einerseits als ein Zeichen von Schwäche angesehen werden, andererseits machte es die französischen und englischen Generale, ohne die über einen Waffenstillstand nicht verhandelt werden konnte, zu Herren der Lage. Die Waffenstillstandsverhandlungen traten in den Vordergrund, und es kamt dahin kommen, daß wir nicht mehr über einen Frieden, sondern über eine Kapitulation verhandeln mußten, die uns zwang, jeden Frieden zu akzeptieren.“

Und so unterbreitet der „Tag“ diese Wahrheiten seinem auf die Dolchstoßlegende eingeschworenen Leserkreis mit dem entschuldigenden Kommentar, der Aufsatz Schwerdtfegers verfolge wohl die „Absicht, die Veröhnung zwischen denjenigen Volkskreisen zu fördern, die sich über die Frage der Schuld am Zusammenbruch heftig befehdeten.“

Schwerdtfeger setzt sich in einem weiteren Aufsatz, den er in der „DZf.“ veröffentlicht, gegen die Angriffe „hüdeutscher Kritiker“ auf sein Schlusurteil und seinen „undeutschen Fatalismus“ zur Wehr. Es ist eine bittere Anklage gegen das durch ein verantwortungsloses „Kriegspressamt“ belogene und betrogene deutsche Volk, was Schwerdtfeger hier schreibt:

„Zugleich hatte sich in steigendem Maße eine Stellungnahme des ganzen deutschen Volkes mit verschwindend geringen Ausnahmen zugunsten einer rein militärischen Betrachtungsweise und zugunsten des politischen Denkens vollzogen... Die öffentliche Meinung ging mit der militärischen Führung und verlor die Dinge immer mehr im Sinne einer Ausschaltung der politischen Gesichtspunkte... Das deutsche Volk selbst, der tragische Held des Geschehens, hat stets dazu beigetragen, diese unheilvolle Entwicklung noch zu verstärken.“

„Fortsetzung“

Von Fritz Müller-Partenkirchen.

Ich habe die Schulleibücher meiner Jugend hervorgeholt. Dann rief ich meine Kinder, daß sie die übrigen daneben legen. Es ergab sich, daß sich die Lehebücher sehr geändert hatten, im Druck, im Einband, in der Farbe, im Pfundgewicht. Nur in etwas waren sie ganz gleich geblieben: in den moralischen Lehren. Da war er noch der edle Friedrich mit seinem Gegenpiel, dem bösen Ulrich. Da troff der brave Konrad noch von Güte, während der Tunichtgut von Franz eilig unter die Räder kam. Da pantlichte noch der Engel von Elisabeth in dickflüssigen Wohlstanen herum, während Elos Flattergeiß am Ende über spieße Steine holperte. Wie kommt es, hab' ich mich gefragt, daß alles sich entwickelt hat, der Druck, der Einband, und das Pfundgewicht, nicht aber der moralisch aufgehobene Finger? Oder sah man's nur nicht? Vielleicht hat sich der Finger unsichtbar verlängert? Ich ging ihm nach und fand die Fortsetzung:

Die Grille und die Ameise.

Die hungrige Grille kam im strengen Winter zur Ameise und bot sie um Essen. „Hast Du denn nicht Speise für den Winter gesammelt?“ fragte die Ameise. — „Ach hätte ja keine Zeit dazu.“ war die Antwort. — „Keine Zeit, Frau Grille? Was hast Du denn im Sommer zu tun gehabt?“ — „Ach habe geungert“, erwiderte die Grille. — „Nun gut, wenn Du im Sommer musiziert hast, so magst Du jetzt im Winter tanzen.“ / Fortsetzung: Alle Schüler mußten diese Fabel nachzählen, auswendig lernen und einen Aufsatz daraus machen. Sie brachten es nicht mehr aus dem Kopf. Groß geworden, wurden sie ein Volk von Ameisen. Wenn im Winter die hungrigen Künstler, Dichter und Denker zu ihnen kamen, sagten sie in bravem Eingedenken an das Lehebuch: „Nun gut, wenn ihr im Sommer Jungt, mögt ihr im Winter tanzen.“ und ließen ihre Dichter hungern.

Edle Wohltätigkeit.

Konrad begegnete jeden Morgen auf dem Schulweg einem Bekter. Dieser hat ihn um ein Almosen. Da aber Konrad kein Geld hatte, gab er ihm sein Butterbrot. Das tat der gute Konrad Tag für Tag. / Fortsetzung: Als Konrad groß geworden war und Frau und Kinder hatte, mußte er im besten Mannesalter sterben. Die Kerze schen in den Totenschein: „Starb an vorzeitiger Entartung der Gewebe, die in früher Jugend an Unterernährung gelitten haben müssen.“

Nicht das meinige.

Ein feindlicher Offizier kam ins Dorf und verlangte harsch Korn für seine Truppen. Ein Bauer führte ihn vors Dorf hinaus. Sie kamen an wahren schönen Getreidefeld vorüber. „Ist es hier?“ fragte der Offizier. „Nein“, sagte der Bauer. Endlich kamen sie an einen armligen Acker. „Hier ist es, Herr Offizier.“ — „Wie,

mir haben doch vorher besseres Korn gesehen?“ — „Das ist wahr, aber es war nicht das meinige.“ — Fortsetzung: Als es wieder Frieden war, sollte in diesem Dorf ein Bürgermeister gewählt werden. Da wurde jener Bauer vorgeschlagen. „Rein“, sagten die Leute, den nehmen wir nicht zum Bürgermeister. Der wäre sonst imstande, im nächsten Krieg den Feind an allen anderen Dörfern vorbei in sein eigenes Dorf zum Plündern zu führen.“

Bierende und Amisroben. Die Stätten der deutschen Wissenschaft begannen sich jetzt langsam vom lastenden Druck der Krieg- und Nachkriegszeit zu erholen. Aber noch fehlt es den Forschungsanstalten an ausreichenden Mitteln, den jüngeren Gelehrten an wirksamen Beihilfen. Reichere, glücklichere Länder, die vom Kriege kaum berührt wurden, drohen die deutsche wissenschaftliche Forschung zu überflügeln. Die Rotgemeinschaft deutscher Wissenschaft lüch diesem Leibel nach Kräften zu steuern. Büden in den Bibliotheksbeständen werden allmählich aufgefüllt, und selbst die kostspielige Literatur des Auslandes, von Fachauschüssen der Rotgemeinschaft gesichtet, geht nach und nach den Hochschulbibliotheken zu. Doch ein verarmtes, verfallenes Land ist eine Stiehmutter der Wissenschaft. Wozu knapp sind die öffentlichen Mittel, die der reinen Forschung und ihren Jüngern zu Gebote stehen. Bei diesem trüben Bilde der Gegenwart wirken zwei Hochschulnachrichten aus Frankfurt a. M. und Dresden doppelt befrühend. Vom 24. bis 26. September d. J. tagt in Frankfurt die deutsche Vereinigung für Mikrobiologie. Das Hauptereignis des Kongresses wird ein Bierabend mit toltem Büfett im „Frankfurter Hof“, dem ersten Hotel der Stadt, sein. Nicht weniger gegenwartsfroh klingt die folgende Nachricht aus Dresden: Obzwar durch die zeitgemäße Verordnung des Reichspräsidenten Hochschulprofessoren das Recht eingeräumt wird, bei Kriegerevents- und Stahelhelmfesten die alte Militäruniform auf neu gebügelt anzulegen, hat obendrein der Senat der Technischen Hochschule in Dresden beschloffen, nach dem Vorbilde der Universitäten für die Mitglieder eines hohen Senats Amisroben zu beschaffen und hierfür 5000 M. bereitzustellen! Freilich charakteristischer Bierabende und Amisroben besser als Bibliotheken und wissenschaftliche Forschungen, worauf es an unseren Hochschulen heute in erster Linie ankommt.

Eine „Förderin der Moral“. Ebensovwenig wie der Staatsanwalt in Deutschland scheint die Präsidentin der englischen „Gesellschaft für Förderung der Moral“ zu wissen, daß es Dinge gegenüber, die man unterdrücken möchte, keine fassere Taktik gibt, als sie zum Gegenstand eines Ständals zu machen. Wie der Staatsanwalt mit seinem Zensurmaßnahmen seinerzeit für Bedefinds Dramen mit unerhörtem Erfolg Reklame gemacht hat, so tat es in diesen Tagen die genannte Dame, indem sie bei der Aufführung eines Stückes des erfolgreichen englischen Dramatikers Noel Cowards „Die gefallenen Engel“ — eine Mischung von Sham und Webedand — einen Standel verursachte. Bei Beginn des zweiten Aktes erhob sie sich und rief: „Ich erhebe im Namen der Frau von Englands Ehrlich gegen die Aufführung dieses Stückes und verlange, daß die Szene, die nun folgen soll, übergangen werde!“ — Natürlich erhob sich ein müßer Tumult, die Sitztheaterpräsidentin versuchte noch einmal,

zu Worte zu kommen und wurde dann von Polyzisten abgeführt. Sie behauptete bei ihrer Vernehmung, daß die Gesellschaft zur Förderung der Moral eine schwarze Liste von solchen Bühnenwerten zusammengestellt habe, deren Aufführung die Mitglieder der Gesellschaft mit allen Mitteln zu verhindern entschlossen seien. — Es kam also eine bewegte Theaterfaison in London geben.

Die Technik des großen Films behandelte Dipl.-Ing. Kossowski in einem Kinovortrage in der Urania. Leider trennte er Vortrag und Kinovorführung. Seine aus der Praxis geschöpften Erläuterungen und Enthüllungen (wie es gemacht wird und auch wie es falsch gemacht wird) werden manchem die Lichtspielkunst in ganz anderem Lichte erscheinen lassen. Vor allem haben sie eine deutliche Vorstellung davon, wie unendlich viel geduldiger Arbeit in dem kleinsten Stück Film steckt. Besonders interessant waren die Vorführungen aus der Welt der Filmbauspieler und derer, die es werden wollen. Man sah da, wie schwer es ist, die einfachste Sache (wie gehen und sich setzen) filmgerecht vorzunehmen. Wie Filmbauten entstehen, wie der Rohfilm präpariert und der belichtete Film entwickelt wird, wie die Kamera arbeitet, kam anschaulich heraus. Die Rüssel des Trickfilms wurden entschleierte und vieles andere erklärt. Aber Vortrag und Vorführung sollten ineinandergeordnet und das ganze organisch aufgebaut werden.

Entgewerkschaftlichung. Ein nicht organisierter Mann tritt in eine Wehgeret, um einen Kaffkopf zu kaufen. Als der Fleischergefelle den Kopf einwickelt, bemerkt der Kunde eine Inzucht, die besagt, daß dies ein Laden der organisierten Arbeiter ist. „Sagen Sie“, forschte der Kunde, „ist dies auch Gewerkschaftsarbeit?“ — „Ja wohl, mein Herr“, erwiderte der Fleischergefelle. „O, ich bin kein Freund der Gewerkschaften und möchte auch keine Gewerkschaftsarbeit haben.“ — „Ach kann die Ware leicht entgewerkschaftlich“, beruhigte der Fleischergefelle, nahm den Kaffkopf und verschwand in dem Raum hinter dem Laden. Nach einigen Augenblicken kehrte er zurück und bemerkte: „So, jetzt ist's in Ordnung.“ — „Wie haben Sie das gemacht“, fragte der Kunde. „Sehr einfach, ich nahm das Hirn heraus.“

Die Eröffnung der Städtischen Oper. Trotz der Verzögerung, die der Bauarbeiterstreik mit sich gebracht hat, ist der Umbau des bisherigen Deutschen Opernhauses soweit gefördert worden, daß die Eröffnung nunmehr bestimmt am 15. d. M. stattfinden wird. Als Eröffnungsvorstellung gehen „Die Weistinger von Nürnberg“ in Szene.

Spielplanänderung. In der Volkshalle gelangt am Freitag in Abänderung des Spielplans „Hamlet“ zur Aufführung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Eröffnung der Leibeine muß auf nächste Woche verschoben werden.

Wiedererrichtung der Rigner Herderbühne. Das Rigner Bildungsausschuß hat beschlossen, die vor längerer Zeit aus Rußland zurückgelieferte Herderbühne auf ihrem alten Standort auf dem Herderplatz wieder aufstellen zu lassen.

Umwandlung neuer Nordpolposten. Die italienischen Blätter melden, daß Annahmen für seine nächste Nordpolfahrt im kommenden Frühjahr das halbjährige Aufschiff 1 für den italienischen Polarforscher zu günstigen Bedingungen angekauft hat. Die neue Nordpolpost soll im nächsten Frühjahr wohl unter namenhafter Flagge, aber mit italienischem Personal erfolgen. Dieses Aufschiff ist 106 Meter lang, besitzt 3 Masten, die ihm eine Geschwindigkeit von 77 bis 105 Kilometer in der Stunde geben, und hat einen Aktionsradius von 3570 Kilometer.

Tatsächlich ist das deutsche Volk bis hinauf zum wihelminischen Staatssekretär und bis hinüber zur konservativen Reichstagsfraktion durch die „Halbgötter“ der „D. H. L.“ und des „Kriegspressamtes“ belegen und in eine militäristische Psychose hineingetrieben worden, die es dem Einzelleber der deutschen Presse einfach unmöglich machte, den „klaren politischen Verstand“ zu bewahren. Hier liegt die Schuld! Die ist aber nicht tragisch und nicht heroisch! Sondern kriminell und unmoralisch! Der Beweis dafür ist der Ragenjammer, der sich jetzt sogar in der Rechtspresse Raum schaffen muß.

Ein Kabinettsstück neudeutscher Justiz.

Der Einzelrichter von Volkswig.

Der Oberreichsanwalt hielt es für angezeigt, zur Illustration der deutschen Rechtspflege unter den Abschnitt der neuen deutschen Justiz einen kräftigen Strich zu ziehen und setzte auch die beiden Kapp-Butschisten und Konterrevolutionäre, den Kapitän Ehrhardt und den Oberst Bauer, außer Verfolgung. Den Ehrhardt, der wegen Meineids und Anstiftung zum Meineid verfolgt wurde!

Während jedoch die Richter und Staatsanwälte des Reichsgerichts und der großstädtischen Landgerichte immer noch gewisse Rechtsfloskeln vor ihre Urteile und Haftbefehle legen, hat uns ein Amtsrichter aus Volkswig in Schlesien die wahre Binde des deutschen „Einzelrichters“ in einer klassischen Urteilsbegründung offenbart, die der Nachwelt überliefert zu werden verdient.

Der Tatbestand ist kurz folgender: In Krummensee in Schlesien hielt die sozialdemokratische Partei voriges Jahr eine Wahlversammlung ab. Ein als „nationales“ Raubheubekannt Landwirt, namens Schwarzlose, setzte sich bei Beginn des Schlusssatzes ans Klavier, ließ von seinem völkischen Sprengtrupp einen kraußigen Schlägtgesang intonieren und widersetzte sich dann der dreimaligen Aufforderung des Vorsitzenden, das Lokal zu verlassen. Die Partei klagt wegen Hausfriedensbruch. Der Herr Amtsrichter weiß „Im Namen des Volkes“ die Klage ab und spricht den Angeklagten mit einer Begründung frei, die, geschrieben auf ein amtliches Papier der Republik, nichts anderes als eine wüste Bierbankrede gegen den neuen Staat ist und folgende klassische Sätze enthält:

„Bekanntlich besteht das Wahllokal besuchende Publikum überhaupt nicht aus Leuten, die das ernstliche Bestreben haben, sich dort in erster Linie über politische Fragen in Ruhe und Ungezwungenheit gründlich zu unterrichten (wozu derartige Veranstaltungen auch ganz ungeeignet sind). Das Schlusswort ist gewöhnlich nur eine Art aufdringlichen Fanfarengeschmeters, mit dem der Eindruck der Versammlung möglichst wirksam vertieft werden soll und von dessen Wirksamkeit erfahrungsgemäß auch der Erfolg des Schlußzuges in den Reihen der haltlosen tatsächlich abhängt. Der Hauptredner hat im Schlusssatz in zusammenhängender Rede das letzte Wort und nützt diese günstige strategische Lage häufig dazu aus, erst jetzt das allerhöchste Geschick seiner Schlagwörter mit heftigen Angriffen auf die Opposition und die gegnerischen Diskussionsredner zu allgemeiner Ohren- und Gehörbetäubung auf die Menge loszulassen.“

Der Minister des Innern ist in seiner an die Polizei ergangenen Verfügung vom 29. März (M. d. J. S. 349) der Ansicht, daß der Wahlkampf nicht mit terroristischen Mitteln geführt werden dürfe. Was heißt das? Man wird, um die Absicht des Ministers einigermaßen erkennen zu können, vielleicht mit Vorteil einen Blick darauf werfen, was in europäischen Parlamenten und namentlich in deutschen Volksvertretungen nach vielfachen Pressemeldungen als zurzeit allgemein üblich im Kampfe der politischen Meinungen angesehen wird, denn jedenfalls darf wohl der Schluß gezogen werden, daß, was die politisch höchst stehenden eines Volkes nicht verpönnen, auch dem einfachen Manne aus dem Volke in den politischen Versammlungen, die er besucht, erlaubt sein muß. ... Nun steht fest, daß in den gefehenden politischen Versammlungen, etwa Ungarns, der Uchedsowakerei, Polens, Frankreichs, Mexikos die Verwendung härtester akustischer Mittel zur Niederkämpfung politischer Gegner von jeher üblich war, und daß die deutschen Volksvertretungen im Laufe der letzten Jahre sich diese im Ausland bewährte Methode ebenfalls immer mehr angeeignet haben. Im Deutschen Reichstage und Preussischen Landtage z. B. die nach den Verfassungen als die Auswahl der feinsten politischen Köpfe Deutschlands anzusehen und daher bei Ermittlung von Rechts- und Anstandsnormen im politischen Leben wohl als Vorbild zu achten sind, bedient sich ein Teil der Opposition zur Hervorbringung von Stimmungseffekten ganz merkwürdiger Instrumente. — — —

Aus diesen Erwägungen ergibt sich die Berechtigung des Angeklagten zum Klavierpiel im vorliegenden Falle und die rechtliche Beschränkung des Versammlungsleiters, dieses dem Angeklagten verfassungsmäßig zustehende Recht durch Hinzuwirken aus dem Saal verflümmern zu dürfen, selbst wenn man dem Versammlungsleiter ein relatives Hausrecht zuerkennen will.“

Die Herren Richter haben sich in den sechs Jahren Republik ja schon allerhand gegen den neuen Staat herausgenommen. Den Herren Amtsgerichtsrat Dr. Springer in Volkswig aber scheint der Geist Bemerndorfs, der seit Friedrich Eberts „Erledigung“ durch ein deutsches Gericht offensichtlich unsere Amtsstuben unsicher macht, nicht mehr schlafen zu lassen. Und so fügt er zu der Rechtsbeugung noch den Hohn.

Freitod der Tochter Eduard Bernsteins.

Die Gattin des Arztes und Sozialhygienikers Prof. Dr. Chajes, unseres bekannten Parteigenossen, hat heute morgen einen tragischen Tod gefunden. Frau Chajes war die Tochter des Genossen Eduard Bernstein. Seit Jahren schwer nervenleidend, befand sie sich mit ihrem Gatten auf einer Erholungsreise, als die Nachricht von der Erkrankung des Vaters sie zurückrief. Seit ihrer Rückkehr hat sie sich liebevoll um den Erkrankten bemüht, dessen Genesung zusehends Fortschritte machte. Heute früh aber hat sich Frau Chajes aus ihrer vier Treppen hochgelegenen Wohnung in der Innsbrucker Straße herabgestürzt. Sie erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie bald darauf starb. Welche Gründe sie dazu trieben, den Freitod zu suchen, ist nicht zu erfahren. Wahrscheinlich hat die Erkrankung ihres Vaters und die mit der plötzlichen Rückkehr verbundenen Aufregungen ihr Leiden noch außerordentlich verstärkt, so daß der letzte Schritt auf einen Rettenzusammenbruch zurückzuführen wäre.

Den in der Genesung begriffenen Genossen Eduard Bernstein wird die Nachricht zweifellos schwer treffen, nicht minder den Gatten der Verstorbenen. Die Parteigenossen, denen Bernstein wie Chajes wertvolle Freunde sind, werden ihre Trauer teilen.

Zwischenfall.

Es ist um die Mittagstunde. Durch den fliehenden Verkehr der Straßenbahnen, Autobusse und Kraftwagen schlingelt sich Springend, lächelnd, im steten Ueberlegen von Punkt zu Punkt, der Mensch. Dicht sitzt ihm der Wirbel der endlosen Raschenerie im Nacken. Es ist jedoch keine Kampfstellung, die er in dieser Methode des Chaos einzunehmen braucht. Er kalkuliert nicht die Schwierigkeiten, er überwindet sie mit Instinkt. Hier herrscht keine Befinnung, weil die Mechanik triumphiert. Das Radwerk läuft sich spielend aus, bis die hemmenden Schaiten sinken und die lössige Unbestimmtheit der Nacht verwehnd über alles kommt. Manchmal jedoch gibt es Augenblicke. ... Aus der größten StraÙe kommt in langsamem Gang ein Leichenwagen. Er mühte sich ja dem Tempo des Verkehrs anpassen. Aber er springt aus der Reihe. Auch Springen wäre zu viel gesagt. Der Schupomann, der mit ausgestreckter Hand das vielzählende ungeheuer Verkehr regelt, ist ungeschlüssig und augenscheinlich ratlos. Dies sieht das Reglement nicht vor. Jener Kraftwagen 12 753 mühte nun eigentlich schon um die Ecke sein. Darf er stoßen? Der Straßenbahnfahrer steht, jäh bremsend, mit der Hand an der Kurbel. Jetzt ist der schwarze Wagen im Brennpunkt der StraÙe. Wie leichtes Aufbäumen geht es durch die rastlose Raschenerie. Leiser Unwille paart sich mit Verwunderung. Ein Herzschlag Stoßen. Sie gönnen dem Tod, der jetzt schon wieder humpelnd auf der anderen StraÙenseite verschwindet, zwei Minuten Ruhe. Und aufatmend braust das Leben in neuem Pulsschlag weiter.

Verständige Richter.

Das Leben im Wohlstand als Verführer.

Es ist eine alte Geschichte: Zu leicht lassen junge Hausangestellte den Versuchungen des wohlhabenden Hauses zum Opfer. Der Wohlstand, der sie umgibt, wird ihnen zum Verhängnis. Auch sie gelüftet es nach den wunderbaren Dingen, die sich im Besitze der Menschen befinden, mit denen sie unter einem Dach leben. Jugendlicher Leichtsin, natürliches Zugbedürfnis führen ihre Hand. Eines schönen Tages werden aber die Verfehlungen bekannt. Dann heißt es: Diebin, Anzeige, Haft, Gericht. Wohl dem Mädchen, das dann einen verständigen Richter findet.

Da steht vor dem Einzelrichter, bescheiden und flehlich, ein neunzehnjähriges Ding. Es war ihre erste Stellung. Sie ist hierher von einem Thüringer Städtchen geholt worden. Am 10. Oktober trat sie ihren Dienst an. Schon vor Weihnachten begann hin und wieder Geld aus der Brieftasche des Herrn zu verschwinden. Dann kam eine Armbanduhr an die Reihe. Auch jetzt fiel noch kein Verdacht auf sie. Sie war ja so liebevoll, anhänglich, man hielt sie auch sehr gut im Hause. Dann fehlte aber eine goldene Uhrkette. Man suchte in ihren Sachen nach Geld, ein Gebirgtsband, eine Krawatte, ein Paar Handschuhe, die man bei ihr fand, gestand sie genommen zu haben. Man schickte sie nach Hause, sprach dort mit ihren Eltern, versuchte auch, sie zum reden zu bringen. Sie behauptete aber nach wie vor, die anderen Sachen nicht genommen zu haben. Da machten die Arbeitgeber Anzeige. Auch hier blieb das Mädchen bei ihrem Buegnen. Sie erhielt zehn Tage Gefängnis, Straußaussetzung. Die Leiterin der Wohlfahrtsstelle am Polizeipräsidium erschien, um die Schußaufsicht zu übernehmen. Das junge Mädchen hatte bereits eine andere Stelle.

Am selben Tage ein zweiter Fall. Hier hat das Mädchen im Juni ihre Stelle angetreten. Schon im August fehlte Verschiedenes. Auch hier suchte man in den Sachen des Mädchens nach und fand 50 Zigarren, eine Flasche Wein, fünf Kleiderpeinen und Hemden, die einer anderen Angestellten gehörten. Auch hier lautete das Urteil auf zehn Tage Gefängnis, Straußaussetzung. Die Schußaufsicht soll die Frauenhilfsstelle übernehmen. Der Richter betonte wohl den Leichtsin der Mädchen und wollte sie vor dem Gefängnis bewahren. Trotzdem sind die beiden Urteile zu bemängeln. Der Staatsanwalt hatte Gefängnis beantragt, weil die Vermögenslosigkeit der Mädchen eine Geldstrafe unmöglich mache. So wird selbst die Mittellosigkeit der Mädchen zur StraÙe für sie. In Billigkeit könnte aber auch die Erfahrungsstrafe bei guter Führung erlassen werden. Die Geldstrafe könnte aber in kleinen Raten auch die Hausangestellte bezahlen. Vom kriminalpädagogischen Standpunkte aus ist die Geldstrafe gerade in diesen Fällen ratsam. Sie dient gewissermaßen als ständige Rahnung und Warnung, dagegen kann der Makel der Gefängnisstrafe in so mancher Beziehung dem Mädchen im späteren Leben hinderlich werden. Ungerichtfertig erscheint auch die Beauftragung der Frauenhilfsstelle, deren Aufgabe allein die Betreuung der sittengefährdeten Mädchen ist, mit der Schußaufsicht. Dagegen übernimmt die Wohlfahrtsstelle am Polizeipräsidium auch bei jungen Mädchen, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, sehr gern die Schußaufsicht.

Im Streit erschossen.

Im Streit hat in der vergangenen Nacht der 29 Jahre alte Kaufmann Willy Millius den Kaufmann Josef Dobrachowski in dem Hause Nikolsburger Platz 3 erschossen. Hier bewohnte Millius seit Anfang Juli d. J. ein möbliertes Zimmer. Ihm wurde gekündigt, weil er mit der Miete im Rückstand war, und an den nächsten Tagen sollte er ausziehen. Das Zimmer war bereits an Dobrachowski wieder vermietet. Gestern war Millius den Tag über in Groß-Berlin geschäftlich tätig. Erst gegen 12 Uhr nachts kam er nach Hause. Jetzt sah er zu seiner Verwunderung, daß seine Sachen auf den Flur gestellt waren und daß Dobrachowski das Zimmer bereits bezogen hatte. In großer Aufregung ging er zu dem neuen Mieter hinein und stellte ihn zur Rede. Es kam zwischen den beiden zu einem heftigen Streit, der damit endete, daß Millius seinen Revolver zog und seinen Gegner niederschloß. Dieser brach tot zusammen. Millius begab sich sofort nach dem 156. Revier und zeigte den traurigen Vorfall an. Nach seiner Darstellung hat Dobrachowski ihn angegriffen, so daß er in der Notwehr zum Revolver griff und den verhängnisvollen Schuß abgab. Ob das richtig ist, bedarf noch der näheren Untersuchung. Millius wurde vorläufig in Haft behalten.

Der schüchtere Pfeil.

Auf dem Kurfürstendam an der Joachimsthaler StraÙe sind merkwürdige Zeichen aus dem Asphalt erblickt. Sie erglühnen in brennend roter Farbe und sind mit einem weichen Rand dekoriert. Die Form des Pfeiles paßt zu ihnen nicht, da ein Pfeil gewöhnlich schlank und lang ist und nicht unter Verfertigererscheinungen leidet. Eigentlich wirken diese grotesken Wesen wie Reklamemarken, die auf irgendeinen Zirkus oder auf eine ähnliche Anstalt hinweisen. Das sind sie aber keineswegs, im Gegenteil, sie dienen einem durchaus ernsthaften Verkehrszweck. Sie grenzen einen schmalen StraÙenstreifen ab, der gewissermaßen für die Fußgänger eine Rettungsmittel vor der drängenden Flut der Automobile an den Haltestellen der Straßenbahn bildet, eine Notwendigkeit, da die meisten Automobile in großzügiger Weise von ein- und aussteigenden Menschen keine Notiz nehmen und wenn irgend möglich noch ihre Fahrgeschwindigkeit an diesen gefährlichen Stellen erhöhen. Die Pfeile am Kurfürstendam haben augenscheinlich Probe, man weiß noch nicht, ob sich diese Einrichtung so bewähren wird, um in allen Teilen Groß-Berlins eingeführt zu werden. Jedenfalls geben sie, wie sie auch ihre Probezeit überstehen werden, dem StraÙenbild eine neue Note.

Feuer auf dem Flugplatz in Johannisthal. Auf dem Flugplatz in Johannisthal kam heute in der Flugzeughalle 9, die zu einem Wohnhause umgebaut ist, ein Feuer aus, dessen Entstehungs-

ursache noch nicht ermittelt werden konnte. Neben der Klarshofer Feuerwehr rückte auch die Wehr der Berliner Zugwache 8 zur Bekämpfung des Feuers aus.

Jugendpflege auf dem Lande.

Von Staats wegen wird darauf hingearbeitet, daß in jedem Orte ein Ausschuß für Jugendpflege gebildet werde, der ehrenamtlich sich betätigt. Ein lobenswertes Beginnen, das den Zweck hat, die aus der Schule Entlassenen durch Sportübungen und Betätigung geistiger und künstlerischer Bedürfnisse zu körperlich tüchtigen und geistig interessierten Menschen zu machen. Unparteiisch gehandhabt und jegliche politische Beeinflussung vermeidend kann das Wirken eines solchen Ausschusses segensreich wirken. Auf dem Lande, in den Dörfern, liegen die Verhältnisse bekanntlich so, daß der Landbund dominiert und in dem ihm angegliederten Jugendlandbund die heranwachsende Jugend, Burschen wie Mädchen, zu seinen Rekruten heranwacht, die, in der Mehrzahl Söhne und Töchter von Bauern, auf den von seiner Arbeit lebenden Jugendlichen „ohne Art und Heim“ mit Geringschätzung herabgesehen. Einer unserer Mitarbeiter hatte jüngst Gelegenheit, der Bildung eines solchen Ausschusses für Jugendpflege in einem Dorfe der Umgebung Berlins beizuwohnen, und es gelang uns, dem Gedanken eines unpolitischen, der gesamten Jugend offenstehenden Jugendvereins zum Siege zu verhelfen, trotzdem Jugendlandbund und Frontbanner (!) ihre Ansprüche auf Jugendpflege anmeldeten, während ein sozialdemokratischer oder demokratischer Jugendverein nicht existierten. Es wurde beschlossen, mit Hilfe von Gemeinde und Kreis einen Sportplatz anzulegen, sowie auch der Vermittlung geistiger Genüsse näher zu treten. Es wäre unserer Ansicht nach falsch, wenn Jugendliche, die schon halb auf dem Boden einer freien Weltanschauung stehen oder deren Eltern der sozialdemokratischen oder demokratischen Partei angehören, sich von der Beteiligung ausschließen würden, denn das hieße nur den Gegner stärken. Wie der Vertreter der Kreis-Jugendpflege in seinem einleitenden Vortrage betonte und wie es alle anwesenden älteren Gemeindeglieder bestätigten, ist es der Wunsch, eine neutrale Sport- und Bildungsstelle zu bilden. Wird dies mit Hilfe aller freiheitlich Gesinnten durchgeführt, so wird damit den Phrasenhelden, die in den „nationalen“ Verbänden das große Wort führen, das Wasser abgezogen und die Haltlosigkeit ihrer Ueberhebung tritt zu Tage. Ueberläßt man ihnen aber die Pflege der in Rede stehenden Interessen, so würde es sicher dazu kommen, daß ihre „Pflege“ ihren Interessen dienlich gemacht wird. Und dazu würden dann Gemeinde und Kreis noch allgemeine Mittel bewilligen!

Unfall eines Militärsonderzuges.

Zwei Tote, vierzehn Verletzte.

Augsburg, 9. September. (M.B.) Die Eisenbahndirektion Augsburg teilt mit: Der Militärsonderzug 40347, der das 3. Bataillon des 14. Reichswehr-Infanterieregiments Konstantz und Teile des Ausbildungsbataillons Donauausgehenden von Ulm nach Treuchtlingen beförderte, stieß heute Nacht 12 Uhr 55 Min. bei der Einfahrt in die Station Donauwörth an eine über das Netzzeichen ins Fahrgeleise hineintrappende Wagengruppe auf. Durch den Anprall wurden der hinter der Zuglokomotive laufende Padwagen und der folgende mit Soldaten besetzte Personenzug ineinandergeschoben. Der als Zugführer fahrende Oberstschaffner Stöckel aus Augsburg, sowie der Reichswehrsoldat Fritz Schwärz aus Freiburg im Breisgau wurden hierbei so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. Außerdem wurden vier Reichswehrsoldaten schwer verletzt und zehn leicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend. Der Unfall wurde durch ein Versehen bei der Gleisfreilegung im Bahnhof Donauwörth, der durch den Viehmarkt vom 8. September stark beansprucht war, herbeigeführt. Ärzte und Sanitätsmannschaften waren alsbald zur Stelle. Die Verletzten sind im Donauwörther Krankenhaus untergebracht. Mit dem Augsburger Hilfsgerätensonderzug traf der Präsident der Reichsbahndirektion ein. Der Militärsonderzug konnte die Fahrt um 6 Uhr früh mit fünfständiger Verspätung fortsetzen. Weitere Betriebsstörungen hatte der Unfall nicht zur Folge.

Die Namen der Verletzten sind: 1. Friedrich Baug aus Pausen im Tal; 2. Hermann Kleinhaus aus St. Georgen bei Freiburg i. B.; 3. Friedrich Holzheu aus Freiburg i. B.; 4. Joseph Zetsche aus Baden-Baden; 5. Rudolf Pfaff aus Weimagen (Wehstalen); 6. Fritz Radler aus Freiburg i. B.; 7. Emil Riische aus Boringen-Stadt (Amt Hohenzollern); 8. Eugen Stadler aus Böhren; 9. Hermann Duesche aus Schönau-Brandt (Kreis Lörrach); 10. Anton Schiehl aus Schweiler (Amt Reustadt, Baden); 11. Anton Ulrich aus Sandweiler (Baden); 12. Karl Keller aus Beringen-Stadt (Amt Hohenzollern). Zwei weitere Verletzte sind bereits zu ihrem Truppenteil wieder entlassen worden.

Der japanische Weltkrieg.

Zwei japanische Flieger, Hinojoshi Abe und Katsuhito Kawachi, werden aus ihrem Flugzeug nach Tokio nach Europa, der von einer der größten Zeitungen Japans, der „Osaka Asahi“, verankert worden ist, am 15. September für einen mehrtägigen Aufenthalt in Berlin einreisen. Die Reichsregierung hat ihre Genehmigung zum Ueberflug Deutschlands erteilt. Die Flieger werden am 14. September von Rostau abfliegen und ihren Weg über Riga und Königsberg nehmen. Für Königsberg ist ein kurzer Aufenthalt vorgesehen. Die Landung in Berlin wird auf dem Tempelhofer Feld am 15. September vormittags erfolgen. Das Unternehmen der „Asahi“-Flieger ist der erste große Europaflug, der von japanischen Fliegern unternommen wird.

Die Unwetterchäden in Nordböhmen.

Reichenberg, 9. September. Die Unwetterkatastrophen, die Mitte August Nordböhmen heimsuchten, haben in den am meisten betroffenen Bezirken von Gabels, Reichenberg, Deutschgabell, Leitmeritz, Laßitz nach den amtlichen Feststellungen Schäden in der Höhe von mehr als 50 Millionen Kronen angerichtet. Ein Ministerrat beschäftigte sich mit der Frage der Ausbringung dieser Summe durch den Staat. Man sahnte eine Kreditgewährung, die durch Ersparungen im Budget geschaffen werden soll, ins Auge. 10 Millionen sind aus dem Fonds für Elementar Katastrophen noch vom Vorjahre vorrätig.

Anteilnahme der Dresdner Stadtvertretung.

Wie Bürgermeister und Abgeordneter Kraus Deutschgabell in der letzten Sitzung des Stadtrates mitteilte, hat die Stadt vom Magistrat Dresden ein herzliches Schreiben erhalten, in welchem die Dresdner Körperlichkeit der Stadt und der ganzen Bevölkerung warme Teilnahme ausdrückt, und daran erinnert, daß die dortige Bevölkerung sich beispielgebend der armen erholungsbedürftigen Kinder in den Jahren 1922 und 1923 angenommen hat. Die Stadtvertretung richtete ein Dankschreiben nach Dresden, in welchem der freude Ausdruck gegeben wird, daß man in weitesten Kreisen Deutschlands für die Lage und den Kampf des Sudeten-deutschums Anteil und Verständnis aufbringt.

Autokatastrophe in Serbien. Auf der Straße Sofia-Orhanie stürzte ein mit 11 Reifenden besetztes Auto, als es über eine Brücke fuhr, in den Fluß hinab. Keun Reisende wurden, schwer verletzt, durch einen Bauern aus dem Wasser gerettet, zwei andere sind tot.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Tempelhof. Öffentliche Versammlung wegen Donnerstag, den 10. Sept., 8 Uhr. Aula des Realgymnasiums, Rellern- und Kugelschloß. Thema: Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung. Referent: Kurt Deimig.

Gewerkschaftsbewegung

Gemeinden und Unternehmerverbände.

Inzulässige Parteinahme des Deutschen Städtetages.

Die starke Stellung der sogenannten „Wirtschaft“ und der sie vertretenden öffentlich-rechtlichen Organisationen, Industrie- und Handelskammern usw. und auch Unternehmerverbände, kommt in sehr bezeichnender Weise darin zum Ausdruck, daß der Deutsche Städtetag an seine Mitglieder eine Denkschrift der rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskammern und Arbeitgeberverbände über den „Einfluß der Bauwirtschaft der öffentlichen Körperschaften auf die Wirtschaftslage“ versendet. Diese Denkschrift ist von der ersten bis zur letzten Zeile ein einziges Gemischtes darüber, daß die Gewerkschaften der Arbeiter zu starke Lohnerhöhungen durchsetzen. Sie gipfelt in der Forderung, unnerzüglich „Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind“:

1. Die Gemeinden zu der unbedingt notwendigen Sparsamkeit, besonders bei ihrer Bauwirtschaft, anzuhalten,
 2. einer Lohnpolitik entgegenzuwirken, die mit der schwierigen Wirtschaftslage nicht im Einklang steht.
- Die vom 27. Juli datierte Denkschrift vertritt in der einseitigen Weise den engherzigen Standpunkt der Unternehmerverbände. Es wird behauptet, daß der Unterschied der Industriearbeiterlöhne zu den Bauarbeiterlöhnen einen starken Anreiz zur Abwanderung der industriellen Facharbeiter zum Baugewerbe gebe, wo sie selbst als Hilfsarbeiter einen höheren Lohn erhalten, als ihnen die Industrie zahlen könne. Dadurch werde, namentlich für die weiterarbeitende Industrie, die Heranbildung eines Stammes guter Facharbeiter gefährdet. Infolgedessen verschlechtere sich die Ausführungsfähigkeit, die Handelsbilanz, die Möglichkeit, die Zahlungen des Dawes-Planes zu erfüllen usw.

In diesem Zusammenhang wird den Gemeinden der an allen Ecken und Enden wiederholte Vorwurf gemacht, daß sie eine „unverantwortliche Ausgabenpolitik“ treiben. Es wird deswegen von ihnen verlangt, daß sie ihre Bauwirtschaft unter allen Umständen auf das Geringste einschränken und daß sie als Auftraggeber für öffentliche Bauten stets den Standpunkt der Unternehmer teilen sollen.

Die ganze Angelegenheit hat aber noch eine andere Seite. Es ist bezeichnend, daß die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages ausgerechnet diese, im übrigen in vielen Einzelheiten vollkommen schiefe und längst widerlegte Darstellung der Unternehmerverbände an die Mitglieder versendet. Bekanntlich hat sich u. a. auch der Reichs- und Staatskommissar Rehlich gegen die Angaben dieser Denkschrift gewandt. Es ist sehr fraglich, ob die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages auch eine Denkschrift der Gewerkschaften über diese Frage versenden wird.

Im übrigen pflegen gerade auf dem Gebiete der Lohnpolitik die Unternehmer auf die Gemeinden allerwenigste Rücksicht zu nehmen. Es ist nicht die Aufgabe der Gemeindeverwaltung, in dem Streit zwischen den beiden Wirtschaftsklassen sich einseitig auf die eine oder andere Seite zu stellen. Würden die Gemeinden das tun, dann würde ihre öffentliche Stellung außerordentlich erschwert, wenn nicht unhaltbar werden. Der Deutsche Städtetag, dessen Vorstand sich mit diesen Fragen demnächst beschäftigen wird, wird jedenfalls gut tun, wenn er annähernde Einmischungsversuche der Unternehmerverbände von vornherein eindeutig zurückweist.

Vor einem Streik der Bauklemperer und Rohrleger.

In der Versammlung der Bauklemperer am Dienstagabend im Verbandslokal, Linienstraße, berichtete Dietrich vom deutschen Metallarbeiterverband über den Stand der Lohnbewegung.

Wie bekannt war am 7. August ein Schiedspruch gefällt worden, der einen Spitzenlohn von 1,35 M. festlegte. Die Unternehmer, wie auch die am Tarifvertrag beteiligten Rohrleger, hatten den Schiedspruch abgelehnt, die Bauklemperer dagegen angenommen. Da die Rohrleger in den von den Bauklemperern beantragten Verbindlichkeitsverhandlungen erklärten, den Schiedspruch als Verhandlungsbasis anzuerkennen, wurden die Verhandlungen ausgesetzt, weil die Unternehmer zu dieser veränderten Situation erst Stellung nehmen wollten. Am Sonnabend wurden nun die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss fortgesetzt. Die Unternehmer erklärten mit aller Bestimmtheit, nicht über den Mauerlohn von 1,25 M. hinaussprechen zu können. Der Schlichter machte darauf den Vorschlag, den Spitzenlohn ab laufende Lohnwoche auf 1,30 M. festzusetzen. Dies würde eine Verschlechterung gegenüber dem ersten Schiedspruch bedeuten, nach dem der Spitzenlohn schon ab 7. August 1,35 M. betragen sollte. Der Schlichter erklärte, zu der Verbindlich-

keitserklärung erst Stellung zu nehmen, wenn eine Abschnung seines Vergleichsvorschlages erfolgt wäre. Die Versammlung beschloß in Anbetracht des völlig ungenügenden Angebots den Übergang zur Tagesordnung.

Die Rohrleger nahmen ebenfalls am Dienstag in den Sophienböden zu dem Vergleichsvorschlag Stellung und lehnten ihn aus dem gleichen Grunde wie die Bauklemperer einstimmig ab.

Sollte der Schlichter nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des am 7. August gefällten Schiedspruches nicht aussprechen, so ist mit einem Streik der Rohrleger und Bauklemperer zu rechnen.

Der ständige Konflikt in der Metallindustrie.

Die Fachgruppe Metallindustrie des Werkmeisterverbandes hatte zu gestern eine Funktionärerversammlung nach dem Klubhaus in der Ohmstraße einberufen. Kötze referierte über die „Arbeitgeber und wir in der Wirtschaft in Verbindung mit unserer Gewerkschaftsbewegung“.

Er führte aus, daß die Führung der Wirtschaft im Interesse der sozialen Menschen erfolgen muß. Je gesünder unsere Wirtschaft ist, um so bessere Arbeitsbedingungen erhalten unsere Arbeitnehmer. Weder der Kapitalprofit noch der Betrieb darf entscheidend sein für die Wirtschaftsführung, sondern nur die Stellung des sozialen Menschen innerhalb der Wirtschaft. Unserer Wirtschaft haftet noch viel zu viel Inflationssucht an. Es genügt nicht, das Kartellwesen zu bekämpfen und Kreditbeschränkungen vorzunehmen, so dankenswert auch diese Maßnahmen sind. Es muß eine Umorganisation durch das Herausschöpfen unproduktiver Kräfte erfolgen. Es sind noch viel zu viel leitende Angestellte in unserer Wirtschaft. Warum verlangen die Arbeitgeber von ihnen nicht die Einsetzung der vollen Arbeitskraft, wie wir es von den großen Arbeitsmassen verlangen? Der Vortragende zerpflückte dann die Argumente, die der Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner Denkschrift angeführt hatte, um zu begründen, daß Lohnerhöhungen im jetzigen Augenblick nicht am Platze seien. Er ging dann nochmals wie der Referent in der Bulaberversammlung auf die Geschichte der letzten Lohnkämpfe in der Metallindustrie ein. Auch er vertritt sich weder von den Verhandlungen noch von den Schiedsprüchen ein positives Ergebnis.

Bei der heutigen Verhandlung wird von den Werkmeistern eine Prozentsatz Erhöhung auf die bereits durch den von den Arbeitgebern nicht anerkannten Schiedspruch vom Mai um 5 Proz. erhöhten Gehälter verlangt. Der Werkmeisterverband fordert die Durchstufung der Gehälter in drei Gehaltsstufen mit drei Dienstjahren. Auch die Werkmeister sind eventuell für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen entschlossen, die letzten gewerkschaftlichen Mittel in Anwendung zu bringen. Die sehr lebhaft geführte Diskussion, die sich an den Vortrag anschloß, ergab die Übereinstimmung der Ansichten der Diskussionsredner mit den Ausführungen des Referenten.

Vor ersten Kämpfen im Gastwirtsgewerbe.

Die Unternehmer haben die vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten gestellten Lohnforderungen für die Arbeiter im Gastwirtsgewerbe abgelehnt. Sie haben auch abgelehnt, mündliche Verhandlungen zu führen und dekretieren sich auf eine Lohnerhöhung für eine kleine Minderzahl der im Gastwirtsgewerbe Beschäftigten. Darüber hinaus sollen die geringen Zustände nur bis zum 3. Oktober Geltung haben, von wo ab sie wieder wegfallen sollen. Man läßt durchblicken, daß man ab 3. Oktober einen Lohnabbau plant. Zur Begründung dafür wird der schon lächerlich gemordene, seit langem prophezeite „Preisabbau“ angeführt.

Die Unternehmer des Gastwirtsgewerbes bezeichnen die kritische Lage der Arbeiterschaft als durch übertriebene Darstellung der Zeitung hervorgerufen. Gleichzeitig klagen sie über die Lage des Gastwirtsgewerbes, während andererseits festzustellen ist, daß die Betriebsführung im Gastwirtsgewerbe derartig teuer ist, daß dadurch die hohen Preise und damit der schlechte Beschäftigung eine hinreichende Erklärung finden. Die Arbeiterorganisation hat festgestellt, daß zum Beispiel in mittleren Betrieben für drei Betriebsleiter mehr an Gehältern gezahlt wird, als für das gesamte weibliche Personal. Im Hotel Adlon wird allein dem Musikleiter 60 000 M. Jahresgehalt gezahlt.

Da der bisherige Lohnstarif am 5. September abgelaufen ist, stehen ernste Auseinandersetzungen bevor. Die Haltung der Unternehmer ist derart, daß ein offener Konflikt zur Wahrscheinlichkeit wird. Gerade die Unternehmer des Gastwirtsgewerbes hätten jedoch alle Ursache, die Angestellten zur Mitarbeit heranzuziehen, um einen Abbau ihrer überfliegenden Kosten herbeizuführen.

Protest der westdeutschen Eisenbahner.

Köln, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag, den 8. September, fand in Eberfeld eine Bezirkskonferenz der drei westlichen Bezirke Elben, Eberfeld und Köln des Einheitsverbandes der Eisenbahner statt. Die Konferenz hatte den Zweck, zu den Lohnstarifen in den Eisenbahnbetrieben Stellung zu nehmen. Durch das Diktat der Reichsbahnhauptverwaltung und der Umgehung der Betriebsräte und der Gewerkschaften war eine Lage geschaffen, die für die Eisenbahnbediensteten unhalbar ist. Die Konferenz war der Auffassung, daß seitens des Vorstandes und der Betriebsleitungen alle vorbereitenden Schritte zur weiteren Abwehr von Verschlechterungen eingeleitet werden müssen. Sollte es zu weiteren Komplikationen kommen, so lehnen die Vertreter jede Verantwortung ab. Einzig und allein dem provokatorischen Vorgehen der Reichsbahnhauptverwaltung ist der Konflikt zuzuschreiben.

Landestagung der sächsischen Eisenbahner.

Auf der Konferenz des Bezirks Sachsen des Einheitsverbandes, die am Sonntag stattfand, waren 26 622 Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichsbahn, das sind nahezu 52 Proz. der Beschäftigten, vertreten. Nach einem Referat Schefels wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „... Die Kollegenschaft lehnt jede Verantwortung für etwa eintretende Komplikationen ab; die Schuld an einer Schädigung des Wirtschaftslebens würde die Reichsbahnhauptverwaltung allein zu tragen haben.“

Zum Kölner Hafenarbeiterstreik.

Köln, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Kölner Hafenarbeiterstreik droht weitere Kreise zu ziehen. In den Kölner Hafenarbeiterbetrieben sollen Streikbrecher von auswärts eingestellt werden. Für diesen Fall hat die Organisationsleitung Maßnahmen zur Verbreiterung und Verschärfung des Kampfes geschaffen.

Der Lohnstreik der Kassener Nadler.

Kassau, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreiks in der Kassener Nadelindustrie sind vor dem amtlichen Schlichter so weit gediehen, daß eine Einigung bevorsteht und mit einem Abbruch des Streiks und der Aussperrung für die nächsten Tage gerechnet werden kann.

Proteststreik der österreichischen Beamten.

Der Herr Ausschuh der Staatsbeamten bestätigte den Beschluß, morgen Donnerstag in einen dreistündigen Demonstrationstreik zugunsten einer Gehaltserhöhung einzutreten. Die Polizeidirektion hat ihren Beamten die Teilnahme an dieser Aktion verboten.

Der französische Bankbeamtenstreik dauert an.

Paris, 9. September. (Ill.) Die für gestern erhoffte Beilegung des Bankbeamtenstreiks ist mißlungen, da die Bankdirektoren trotz der wiederholten Vorstellungen des Arbeitsministers keine Zugeständnisse machen wollten. Es verbleibt nur noch die Möglichkeit eines Schiedspruches, den, wie verlautet, drei Minister fällen werden. Der Streikausbruch hat bereits sein Entscheiden mit dem Schiedspruch erklärt. Es steht nur noch die Zustimmung der Bankdirektoren aus, damit der vorgenannte Weg beschritten wird.

Der Buchdruckerstreik in Belgien.

Brüssel, 9. September. (Ill.) Die Schlichtungsverhandlungen im belgischen Arbeitsministerium zwischen den Vertretern der streikenden Buchdrucker und den Arbeitgebern sind ergebnislos verlaufen. Der Streik dauert bereits sechs Wochen.

Warnung vor einem Schwindler. Ein gewisser Wilhelm Schilling treibt sich in Berlin herum, um Arbeiterorganisationen und Parteien zu betrogen. Sch. gibt sich als Flüchtling aus. Er will von den Franzosen wegen antimilitaristischer Propaganda verfolgt sein. Er hat Papiere auf den Namen Schilling, Beruf Steinmetz, geb. am 11. Februar 1892 in Höchst a. M. Ein Mitgliedsbuch des Deutschen Industrieverbandes und der Kommunistischen Partei weist Sch. vor, gleichzeitig einen Entlassungsschein aus einem französischen Gefängnis.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Glatzer; Revolution: H. S. Böhm; Lokales und Sonstiges: Felix Karst; Kunst: Th. Gluck; Ähnlich in Berlin, Berlin: Demokratisches G. m. b. H., Berlin, Prud.; Verlagsbuchhandlung und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angegli. dem Verh. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmerdorfer Landhausstr. 4 - Tel. Plötzburg 9821
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswert, gediegene Arbeit

Wolff Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Auf Teilzahlung Möbel
elaz. Schränke, Bettstellen usw.
komplette Zimmerrichtungen
zu billigsten Kassapreisen.
Riesenauswahl.
Tischlermeister **Julius Apelt**
Mein Name bürgt für gute Arbeit.
Berlin SO., Adalbertstraße 6.

Haushaltungsschule
in einem Vorort Berlins
nimmt nach Schillerinnen zum 1. Oktober 1935 zu einem Monatspreise von 75 M. für Ausbildung u. vollst. Pension auf. - Anmeldungen bei Frau Geheimrat Hoffmann, Berlin-Grünwald, Hagenstr. 79, Villa Rosenack.

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Entdeckung des NORDPOL
in Groß-Berlin
Restaurant
Alexandersonstraße 46-48
Ecke Neue Königstraße.
Berlins neueste Sensation!

Wer den echten **Kapitän - Kautabak**
auch nur einmal versucht hat, wird ihn nicht mehr entbehren wollen. Der Kapitän hat einen eigenartigen feinen Geschmack, ist nachdänischer Art aus reinem Kentucky hergestellt. Verkaufsstellen überall; werden auch nachgewiesen durch den Generalvertreter **C. Röcker**, Berlin, Lichtenberger Str. 22. (Königt. 8361)

Auf Teilzahlung??
bei kleiner Anzahlung und bequemstem Raten
Herren- u. Damegarderobe
zu weit herabgesetzten Preisen
Zur Konfirmation
Einsegnungs - Anzüge
in allen Größen und Preislagen
Central Garderobenhaus
nur Weinmeisterstraße 3, 1

Eisenstaedts
Frankfurter Allee 72
NAHE RINGBAHNHOF

Wir erwarten Sie am Donnerstag, den 10. Sept. zur Modenschau und Eröffnung der neuen Herbst - Saison nachmittags 3 1/2 Uhr

Unser Geschmack, unsere Auswahl und unsere vorteilhaften Preise werden Sie auch jetzt wieder von unserer Leistungsfähigkeit überzeugen.

RICHARD LOHMANN

HILDE LICHIWARK
Tage einer entwurzelten Jugend
Ein Roman, wie er spannender, erschütternder nie geschrieben wurde
in Ganzleinen gebunden 2.75 M.
Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung und J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstraße 2

Photoapparate, Feldstecher
kaufen sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Referenzwahl in allen Verislogen - berufliche Fabrik
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Stock, kein Boden.
(Ringstr. daher Konturreizlos billig.)
Sorselger erbält 34. Rabatt.

Nagelpflege-Garnituren **Kopp & Joseph**
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.